

**Hinweise:**

Diese Eigenerklärung ist von jedem Bewerber (bzw. jeder Bewerbergemeinschaft) auszufüllen. Sie dient der Prüfung des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen. Alle Vorgaben in dieser Unterlage, die sich auf Bewerber beziehen, gelten gleichermaßen für Bewerbergemeinschaften, soweit nicht für Bewerbergemeinschaften ausdrücklich gesonderte Regelungen getroffen sind.

Es sind alle Fragen zu beantworten. Alle Fragen, die als „k.o.-Kriterium“ gekennzeichnet sind, stellen Mindestanforderungen dar. Werden diese mit „Nein“ beantwortet, führt dies zum Ausschluss aus dem Teilnehmerkreis des Verfahrens.

Bei nicht beantworteten Fragen oder sonstigen fehlenden, unvollständigen oder fehlerhaften Unterlagen oder Angaben wird der Auftraggeber nach pflichtgemäßem Ermessen gemäß § 41 Abs. 2 UVgO über eine Nachforderung entscheiden. Entscheidet sich der Auftraggeber gegen eine Nachforderung oder reicht der Bieter die Antworten bzw. Unterlagen oder Angaben innerhalb der vom Auftraggeber gesetzten Frist nicht nach, wird der Teilnahmeantrag ebenfalls ausgeschlossen.

Die Angaben der Bewerber in den vorgelegten Erklärungen und Nachweisen gelten im Auftragsfall als vertraglich zugesichert.

**Diese „Eigenerklärung Gesamt“ bedarf zu ihrer Gültigkeit der Unterschrift des Bewerbers unterhalb Teil 7, welche sich auf alle Teile dieser Eigenerklärung erstreckt. Dabei muss erkennbar sein, dass der Unterzeichner dem Bewerber zugeordnet werden kann. Der Auftraggeber behält sich vor, im Rahmen der Auswertung den Inhalt und die rechtliche Befugnis des Unterzeichners bei dem jeweiligen Bewerber verifizieren zu lassen.**

**Das Nachfordern weiterer Nachweise bleibt ausdrücklich vorbehalten. Inhaltliche Änderungen des vorgegebenen Formulartextes sind unzulässig; räumliche Erweiterungen, soweit erforderlich, zulässig.**

### **TEIL 1 - Straftatbestände**

Der Bewerber / Bieter erklärt hiermit, dass er oder eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, nicht wegen der folgenden Straftatbestände rechtskräftig verurteilt worden ist:

- a) § 129 des Strafgesetzbuches (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuches (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b des Strafgesetzbuches (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- b) § 261 des Strafgesetzbuches (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- c) § 263 des Strafgesetzbuches (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder gegen Haushalte richtet, die von der EG oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- d) § 264 des Strafgesetzbuches (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder gegen Haushalte richtet, die von der EG oder in deren Auftrag verwaltet werden,
- e) § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- f) § 108 e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- g) §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335 a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- h) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr),
- i) § 370 Abgabenordnung, auch in Verbindung mit § 12 des Gesetzes zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen und der Direktzahlungen (MOG), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder gegen Haushalte richtet, die von der EG oder in ihrem Auftrag verwaltet werden.

Einem Verstoß gegen diese Vorschriften gleichgesetzt sind Verstöße gegen entsprechende Strafnormen anderer Staaten. Ein Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Bewerber / Bieter zuzurechnen, wenn sie für diesen bei der Führung der Geschäfte selbst verantwortlich gehandelt hat oder ein Aufsichts- oder Organisationsverschulden gemäß § 130 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OwiG) dieser Person im Hinblick auf das Verhalten einer anderen für den Bewerber / Bieter handelnden, rechtskräftig verurteilten Person vorliegt.

JA     ☐     NEIN     ☐ (k.o. Kriterium; bei NEIN = Ausschluss)

## **TEIL 2 – Insolvenz**

Der Bewerber / Bieter erklärt hiermit,

- a) dass über sein Vermögen nicht das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist;
- b) dass er sich nicht in der Liquidation befindet;

**JA**    ☐    **NEIN**    ☐ (k.o. Kriterium; bei NEIN = Ausschluss)

### **TEIL 3 – Allgemeines**

Der Bewerber / Bieter erklärt hiermit,

- a) dass er keine schwere Verfehlung begangen hat, die die Zuverlässigkeit als Bewerber / Bieter in Frage stellt;
- b) dass er seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt;
- c) dass er nicht vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf seine Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit abgegeben hat.

**JA**    ☐    **NEIN**    ☐ (k.o. Kriterium; bei NEIN = Ausschluss)

#### **TEIL 4 - Mindestlohn**

Der Bewerber / Bieter erklärt hiermit,

- a) bei Ausführung der Leistungen dieses Vertrages Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen (ohne Auszubildende) stetig und fristgerecht ein Entgelt gezahlt wird, das mindestens den Maßgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gem. § 1 Abs. 2 S. 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht,
- b) dass er die von ihm beauftragten Nachunternehmen oder Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lässt, wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber auf dessen Verlangen vorlegt,
- c) dass er sich bewusst ist, dass die beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen hin jederzeit nachzuweisen,
- d) in Fällen, in denen die Auftraggeberin aufgrund eines dem Bewerber / Bieter zurechenbaren Zusammenhang mit dem ausschreibungsgegenständlichen Vertrag nach § 13 MiLoG durchsetzbar in Anspruch genommen wird, diese insoweit von den Anforderungen Dritter und allen damit zusammenhängenden Kosten unverzüglich freizustellen,
- e) dass ein nachweislich schuldhafter Verstoß gegen die oben genannten Zusagen
  - den Ausschluss vom Vergabeverfahren zur Folge haben kann,
  - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
  - den Auftraggeber nach Vertragsschluss zu einer fristlosen Kündigung des bestehenden Vertrages aus wichtigem Grund berechtigt und der Bieter dem Auftraggeber den aufgrund der fristlosen Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen hat.

JA    ☐    NEIN    ☐ (k.o. Kriterium; bei NEIN = Ausschluss)

**TEIL 5 - Eigenerklärungen zur Berufshaftpflichtversicherung**

Der Bewerber / Bieter erklärt hiermit,

- a) dass bereits eine Versicherung gemäß Verordnung über die Berufshaftpflichtversicherung der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer (Wirtschaftsprüfer-Berufshaftpflichtversicherungsverordnung - WPBHV) vom 18. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3820), geändert durch das Gesetz vom 26. Oktober 2003 (BGBl. I S. 2074) und das Wirtschaftsprüfungsexamens-Reformgesetz vom 1. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2446) in Verbindung mit § 323 HGB besteht.
- b) dass für den Fall, dass zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe noch keine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung besteht, diese im Zuschlagsfall abgeschlossen wird und zu Vertragsbeginn besteht.

Eine Kopie der Versicherungspolice ist im Zuschlagsfall auf Verlangen der Auftraggeberin unverzüglich vorzulegen.

JA    ☐    NEIN    ☐ (k.o. Kriterium; bei NEIN = Ausschluss)

### **TEIL 6 – Datenschutz im Vergabeverfahren**

Der Bewerber / Bieter erklärt hiermit,

- a) die Datenschutzbestimmungen für das Vergabeverfahren nach Ziffer II.2 der Bewerberhinweise zu diesem Verfahren ohne Einschränkung anerkennen.
- b) Wir versichern, dass wir die für den Auftrag erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen einhalten und umsetzen werden.
- c) Die gesonderten Datenschutzbestimmungen des Vertrages bleiben unberührt.

**JA**   ☐   **NEIN**   ☐ (k.o. Kriterium; bei NEIN = Ausschluss)

### **TEIL 7 – Referenzliste**

Angabe von 3 Referenzprojekten in einem Zeitraum ab dem 01.01.2023, welche jeweils die Prüfung der Jahresrechnung gesetzlicher Krankenkassen (im Sinne des SGB) mit mehr als 500.000 Versicherten zum Gegenstand haben. Es sind die wesentlichen Teile der erbrachten Leistungen aufzuführen. Hinweis: Auf gesonderte Aufforderung durch die Auftraggeberin hat der Auftragnehmer unverzüglich einen Ansprechpartner sowie eine Telefonnummer zur Überprüfung der Referenzen zu benennen.

Lfd. Nr.	Auftraggeber/Kunde (Name, Anschrift)	Jahr der Ausführung	Anzahl Versicherte	Wesentliche Teile / Umfang der Leistung
1				
2				
3				

Die Referenzen liegen nachweislich vor.

JA ☐ NEIN ☐ (k.o. Kriterium; bei NEIN = Ausschluss)

In Bezug auf Teile 1-7 dieser „Eigenerklärung Gesamt“:

---

Ort, Datum

---

Unterschrift/ Signatur